

Landesverband Hamburg

Nr. 04/2018 vom 30. Januar 2018

Lehrkräfte in Ausbildung sollen Notnagel für Schulsenator spielen

„GEW fordert zukunftsfähige Lösungen statt Flickschusterei!“

Nachdem die Schulbehörde den Lehrkräftemangel endlich erkannt hat, agiert sie nun mit Flickschusterei, statt zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln. Zum Stopfen der Löcher möchte sie Lehrkräfte im Ruhestand nutzen ebenso wie Referendare – zu Lasten der Ausbildung.

„Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst sollten keinen bedarfsdeckenden Unterricht machen, sondern gut ausgebildet werden. Schon die jetzigen verpflichtenden 10 Stunden bedarfsdeckenden Unterricht ohne Begleitung wirken sich negativ auf die Ausbildung aus. Auf keinen Fall dürfen die Lehrkräfte während ihrer Ausbildung über das für ihre Ausbildung vorgesehene Maß an bedarfsdeckendem Unterricht hinaus zu Vertretungen und Mehrarbeit herangezogen werden. Es darf nicht sein, dass die Ausbildung unter der mangelhaften Planung der Behörde leidet. Empörend ist es dabei, dass die Mitbestimmung des Personalrats bei der Anordnung von Mehrarbeit zukünftig nun dadurch umgangen werden soll, dass die sich in einer anspruchsvollen Ausbildung befindenden jungen Menschen die Personallücken der Schulen in Form einer Nebentätigkeit stopfen sollen. Geködert werden sie dann mit einer Bevorzugung bei späterer Einstellung. Hier nutzt die Schulbehörde in skandalöser Weise das Abhängigkeitsverhältnis der angehenden Lehrkräfte vom zukünftigen Arbeitgeber aus. Dies ist weder der Qualität der Ausbildung noch der der Schulen zuträglich und wirft ein schlechtes Licht auf die BSB als Ausbilder und Arbeitgeber. Statt auf die jungen Menschen in einer Ausbildungssituation zusätzlichen Druck auszuüben, sollte die BSB eine qualitativ hochwertige Ausbildung sorgen und dem Lehrkräftemangel an Schulen durch ein umfassendes Personalplanungskonzept begegnen“, kommentiert **Anja Bensinger-Stolze**, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Darüber hinaus fordert die GEW, mehr als die angekündigten 135 Ausbildungsstellen zu schaffen sowie die Attraktivität des Berufes, insbesondere durch gerechte Bezahlung, zu steigern, um langfristig dem Lehrkräftemangel zu begegnen.

„Es ist ein Anachronismus, dass Grundschul- und Sek I-Kolleginnen und -kollegen bis heute schlechter bezahlt werden als Lehrkräfte an anderen Schulformen. Nur so kann die Attraktivität des Berufs gesteigert und mehr junge Menschen als bisher als Pädagoginnen und Pädagogen gewonnen werden“, so **Bensinger-Stolze** abschließend.

Hintergrund

Hamburg hat in den vergangenen Jahren verschlafen, ausreichend Lehrkräfte auszubilden, um die Unterrichtsversorgung trotz der Pensionierungswelle und gleichzeitig steigenden Schülerzahlen sicher zu stellen. Lange Zeit hielt sich die Behörde bedeckt, wenn es um den Lehrkräftemangel in Hamburg ging, auf den die GEW bereits 2017 hinwies und eine Erhöhung der Ausbildungsplatzkapazitäten sowie eine Steigerung der Attraktivität des Berufes forderte. Ganz besonders betroffen sind die Schulen, die in sozial schwachen Stadtteilen liegen oder aus anderen Gründen als nicht attraktiv eingeschätzt werden. Dies zeigt auch eine kleine Anfrage der LINKEN Ende 2017.

Rückfragen: Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg, 040 – 41 46 33 – 0